

NEWSLETTER

POLITIK AUF DEN PUNKT GEBRACHT.

Ausgabe vom 02. Juni 2022



Liebe Leserinnen und Leser,

angesichts der Bundestagswahl im September 2021 und des Regierungswechsels erfolgt erst jetzt die Beschlussfassung des Bundeshaushaltes 2022. Leider wird der von der Bundesregierung vorgelegte zweite Entwurf zum Haushaltsgesetz den aktuellen Herausforderungen infolge der Corona-Pandemie und des Ukraine-Krieges nicht gerecht.

Das Ergebnis: Eine unnötig hohe Neuverschuldung von knapp 140 Mrd. Euro und Rekordausgaben in Höhe von fast 500 Mrd. Euro. Zusätzlich liefert der Bundeshaushalt keine Antworten auf die hohe Inflation, unter der viele Menschen ganz konkret leiden.

Als CDU/CSU-Bundestagsfraktion haben wir ein Entlastungspaket von rund 40 Mrd. Euro bei gleichzeitiger Senkung der Neuverschuldung um gut 88 Mrd. Euro auf 50,8 Mrd. Euro gefordert. Mit diesem Paket haben wir auf die aktuell äußerst schwierige Situation für die Menschen und Unternehmen in unserem Land reagiert.

Letztes Wochenende erzielte die CDU/CSU-Bundestagsfraktion einen wichtigen Verhandlungserfolg: Das geplante Sondervermögen in Höhe von 100 Mrd. Euro kommt nun ausschließlich der Bundeswehr zugute. Außerdem wurde vereinbart, dass künftig mindestens zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Verteidigung ausgegeben werden. Das ist ein Erfolg für die parteiübergreifende Zusammenarbeit und zeigt, dass die Unionsfraktion konstruktive Oppositionsarbeit leistet.

Über diese und weitere Themen berichte ich Ihnen im Folgenden. Alles Gute und bleiben Sie gesund!

Ihr

Hermann Färber MdB

Inhalt

Bundeshaushalt
für das Jahr 2022

Sondervermögen
für die Bundeswehr

Die Woche im
Parlament

Terminrückschau

CDU

Bundeshaushalt für das Jahr 2022

In dieser Haushaltswoche drehte sich im Bundestag alles um die finanzielle Ausgestaltung der Ressorts. Die Ampel will in diesem Jahr fast 500 Milliarden Euro ausgeben. Rund 140 Milliarden davon sollen durch neue Schulden finanziert werden.

Die Unionsfraktion lehnt das ab. Die Menschen leiden unter der hohen Inflation, sowie den Nachwirkungen der Corona-Pandemie und des Ukraine-Krieges. Doch statt den Bedürftigen zu helfen, schüttet die Bundesregierung das Geld mit der Gießkanne aus und vergisst dabei diejenigen, die die Unterstützung am nötigsten haben: So gehen beispielsweise Rentner und Studenten bei der Energiepreispause leer aus. Die hohe Neuverschuldung belastet über unnötig hohe Tilgungen und Zinsen zukünftige Generationen.

Aus Sicht der CDU/CSU-Bundestagsfraktion hätte die Neuverschuldung auf 50,8 Milliarden Euro gesenkt werden können. Voraussetzung dafür wären eine kluge Priorisierung der Ausgaben, eine Personaltrennung und die Verwendung bislang ungenutzter Gelder gewesen.

Das Entlastungspaket der Unionsfraktion verband aktuelles Krisenmanagement mit zukunftsgerichteter Haushaltspolitik. Im Bereich Landwirtschaft hätte es mit rund 200 Mio. Euro durch Entlastungen bei den Agrardieselskosten und der Stabilisierung des Bundeszuschusses zur landwirtschaftlichen Unfallversicherung unterstützt. Die Ampel hat es aber offensichtlich versäumt, die Landwirtinnen und Landwirte als tragende Säule unserer ländlichen Räume und essentiellen Faktor im Hinblick auf die Nahrungsmittelversorgung zu erkennen.

Die von Bundeskanzler Scholz angekündigte Zeitenwende, die eine echte Prioritätensetzung erfordert hätte, fällt somit aus.

Hier können Sie mehr zur Haltung der CDU/CSU Bundestagsfraktion zur Haushaltsdebatte erfahren: <https://www.cducsu.de/themen/wirtschaft-und-energie-haushalt-und-finanzen/money-money-money-der-haushalt-2022>.





Sondervermögen für die Bundeswehr

Am Wochenende wurde ein sehr wichtiger Verhandlungserfolg für die Unionsfraktion erzielt: Das geplante Sondervermögen in Höhe von 100 Mrd. Euro kommt nun ausschließlich der Bundeswehr zugute. Es wurde außerdem vereinbart, dass künftig mindestens zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Verteidigung ausgegeben werden. Außerdem sollen die Beschaffungsvorhaben in einem Wirtschaftsplan aufgelistet werden und die Ausgaben vom Haushaltsausschuss überwacht werden. Auch ein Tilgungsplan wird erstellt.

Wenn das Sondervermögen ausgeschöpft ist, werden im Anschluss weitere erforderliche Mittel zur Erreichung der NATO-Fähigkeitsziele bereitgestellt. So schaffen wir die Voraussetzungen für eine nachhaltige Stärkung und bessere Ausstattung der Bundeswehr. Unsere sechs Kernforderungen an die Ampel-Koalition wurden somit in der Vereinbarung berücksichtigt.

Die Woche im Parlament

In dieser Sitzungswoche haben wir uns außerdem mit dem Gesetz zur Erhöhung des Schutzes durch den gesetzlichen Mindestlohn und zu Änderungen im Bereich der geringfügigen Beschäftigung befasst. Die Ampel will den Mindestlohn ab dem 01. Oktober 2022 auf 12 Euro pro Stunde (brutto) anheben. Die politische Festlegung des Lohns ohne die Einbeziehung der Mindestlohnkommission ist nach Ansicht der Union falsch. Die Lohnfindung liegt in unserer sozialen Marktwirtschaft in den Händen der Sozialpartner und nicht beim Staat. Die Mindestlohnkommission ist eine gut begründete Ausnahme. Durch ihr Handeln schwächt die Ampel die Tarifautonomie und Sozialpartnerschaft in Deutschland.

Zum Weltbauerntag am 01. Juni habe ich außerdem darauf hingewiesen, dass die Arbeit der Landwirtinnen und Landwirte momentan immer schwieriger wird, denn Energie-, Dünger-, und Personalkosten sind signifikant gestiegen. Unsere regionalen Produkte, die unter hohen Standards erzeugt werden, haben das Nachsehen: Wegen der hohen Preise weichen die Verbraucher auf billigere Importe aus dem Ausland aus. So haben Bauern in diesen Tagen ihre Erdbeerfelder unterpflügen, weil sie aufgrund der hohen Kosten keinen Zugang mehr zum Verbraucher gefunden haben. Und das obwohl Deutschland seinen Gemüse- und Obstbedarf nur zu jeweils einem Drittel und einem Fünftel selbst decken kann. In Anbetracht der aktuellen Situation des Krieges in der Ukraine, der die Vernetzung der globalen Lieferketten und Abhängigkeiten im Ernährungs- und Energiesektor verdeutlicht hat, ist das eine bittere Nachricht.



Am Donnerstag habe ich beim parlamentarischen Frühstück der Arbeitsgemeinschaft für Wirkstoffe in der Tierernährung e.V. (AWT) ein Grußwort gehalten. Das Thema des Tages lautete „Optimiertes Tierfutter für mehr Klimaschutz - Unser Beitrag zur Eiweiß-Strategie in der Landwirtschaft“.

Vorgeschlagen wurde der Einsatz von speziellen Futterenzymen, die einen Beitrag zur Emissionsreduktion in der Tierhaltung leisten. Eine derart optimierte Fütterung könne helfen, Treibhauseffekte, Flächenverbrauch und Eutrophierung zu reduzieren. Ich bin der Ansicht, dass man diese Option in Erwägung ziehen sollte, um die Tierhaltung effizienter, nachhaltiger und umweltschonender zu gestalten. Generelle Zielrichtung dabei muss immer die Verknüpfung von Ökonomie und Ökologie sein. Nur so können wir die Klimaziele und die globale Nahrungsmittelsicherheit realisieren und auf ein gutes Fundament stellen.

Bildquelle: Hermann Färber



Gesprächstermine mit den Botschafterinnen von Kuba, Dänemark und Marokko zu aktuellen ernährungspolitischen Themen wie Versorgungssicherheit, Klimaschutz und Tierwohl.

Bildquelle: Hermann Färber



Termine im Juni

Sitzungswochen in Berlin

30. Mai - 03. Juni 2022

20. - 24. Juni 2022

04. - 08. Juli 2022

Terminvorausschau

02. Juni: Parlamentarischer Abend der deutschen Holzwirtschaft in Berlin

08. - 10. Juni: Informationsreise in die Schweiz zum Thema nachhaltige Nahrungsmittelproduktion und -vermarktung

13. Juni: Gespräch mit den Teilnehmern der Besuchergruppe (BPA) aus Böhmenkirch in Berlin

14. und 15. Juni: Deutscher Bauerntag in Lübeck

17. Juni: Hauptversammlung der CDU Böhmenkirch

22. Juni: Kreisparteitag der CDU Göppingen

Links

Zu meiner Homepage gelangen Sie hier: www.hermann-faerber.de

Pressemitteilungen

Die aktuellen Pressemitteilungen finden Sie ebenfalls auf meiner Homepage.

Kontakt

Wahlkreisbüro

Heidenheimer Straße 68, 73079 Sülzen

Telefon: 07162 3057057

Berliner Büro

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Telefon: 030 22 77 36 58

Email: hermann.faerber@bundestag.de